

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 44 (1950)

**Heft:** 7-8

**Artikel:** Weltrundschau : der Krieg in Korea ; Warum der Angriff? ; Revolutionäre Aktion ; Gegenrevolutionäre Reaktion ; Die UNO als Deckmantel ; Gefahr in Verzug! ; Friedensbemühungen

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139389>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Professor Karl Barth eines auszuwischen ein zweites, das er, den Artikel Pollatschecks begeistert aufnehmend in der Basler «National-Zeitung» (Nr. 349) zum Ausdruck gebracht hat. So hat Max Frischknecht entdeckt, daß es Pfarrer gebe, die «der Ausbreitung der östlichen Barbarei fast mit einer Art von Schadenfreude zusehen, und offensichtlich bereit sind, all die wirklichen Lebensfrüchte der Freiheit und der Liebe, die das Christentum dem Abendlande gebracht hat, gegen das dünne theologische Linsengericht eines tadellosen Dogmas und Glaubensbekenntnisses zu verkaufen.» Er findet, das der Barthschen Theologie, aber auch schon Pascal und Kierkegaard zugrunde liegende Mißtrauen gegenüber dem natürlichen Menschen, sei dafür verantwortlich. Wer wollte nicht den Worten von der Freiheit und der Liebe, den Worten gegen das Linsengericht lebhaft beistimmen! Im Namen der Freiheit und der Liebe kämpft Frischknecht aber nicht gegen die von Pollatschek geforderte Unterdrückung der Objektivität, auch nicht gegen die heute alles niederwalzende, von Leuten wie Pollatschek künstlich geschürte Kreuzzugsstimmung, deren Unchristlichkeit zu erweisen, wie es Karl Barth getan hat, freilich ein wenig mehr Mut erfordert, als alle billigen Bekenntnisse gegen den Bolschewismus.

Leider ist es ein Liberaler, der Pollatschecks totalitäres «wer nicht für mich ist, ist wider mich», unterstützte. Er tritt nicht etwa gegen die effektive Parteinahme zugunsten des Ostens gegen den Westen auf, sondern übernimmt die fatale Gleichung: Objektiv = Sowjetfreundlich. Man begreift, daß einem, der so denkt, Pascal unsympathisch ist, der die freie Sauberkeit der Begriffe, das «bien penser» als das Prinzip der Moral aufzeigte. Es war wirklich sehr heiß in Basel, daß Herr Frischknecht auf den Gedanken verfallen konnte, mit diesem Bumerang zugleich eine gegnerische Theologie treffen und seiner eigenen auf die Beine helfen zu können.

Es ist immer heilsam, zu wissen, aus welchen Quellen das fließt, was man als Wasser trinkt.  
Castorpollux.

## WELTRUNDSCHAU

### **Der Krieg in Korea**

Unsere letzte Weltrundschau schloß mit der resignierten Feststellung, daß die Westmächte bisher wenig Grund zu der Hoffnung geboten hätten, sie würden innert nützlicher Frist eine wirklich großzügige Unternehmung der rechten Art zur Bekämpfung des Kommunismus einleiten. «Worin die Westmächte und ihre asiatisch-australischen Verbündeten allein Energie, Aktivität und Großzügigkeit entfalten, das ist der falsche, der militärisch-machtpolitische und kapitalistisch-wirtschaftliche Kampf gegen den Kom-

munismus wie gegen die soziale Revolution überhaupt. Und der führt, wenn ihm nicht aus den Völkern heraus rechtzeitig Halt geboten wird, früher oder später unweigerlich zur blutigen Katastrophe, die die Revolution nicht verhindern, aber ihr ein Gesicht geben wird, an dem wir wenig Freude erleben dürften.»

Die Ereignisse in Korea, die unmittelbar nach Erscheinen unseres Juniheftes ihren Anfang nahmen, geben dieser Feststellung eine ungeahnt düstere Bestätigung. Und was ich hier zu ihrer Beleuchtung beitragen kann, ist darum im Grunde gar nichts anderes, als was ich — eine oft genug ausgesprochene Warnung wiederholend — in den angeführten Sätzen bereits vorweggenommen habe. Aber treten wir auf den kriegerischen Konflikt, der in Korea ausgebrochen ist und vielleicht noch viel schwerere Verwicklungen nach sich zieht, doch etwas näher ein. Wie stellt er sich unserem Blick dar?

Da muß zunächst, allen Vernebelungsversuchen gegenüber, der Wahrheit zuliebe gesagt sein, daß der jetzt im Gang befindliche Krieg durch einen wohlüberlegten und gründlich vorbereiteten Angriff Nordkoreas auf den südlichen Nachbarstaat ausgelöst worden ist. Die Bemühungen, die nordkoreanische Aktion als die bloße Abwehr einer tags zuvor eingeleiteten Großoffensive des Südstaates hinzustellen, haben mich nicht zu überzeugen vermocht, wohl aber erbittert, so sehr glichen sie den klassischen Verdrehungskünsten, mit denen in der Vergangenheit noch jeder Angreifer sich als den schmählich Überfallenen ausgab, und so niedrig schätzten die Veranstalter dieser Mohrenwäsche die Urteilskraft der Zuschauer des koreanischen Dramas ein. Was auch immer die eigentliche Absicht der südkoreanischen Regierung gewesen sein mag: ihre Armee war offenkundig für einen Generalangriff auf den Norden trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit noch nicht gerüstet, und erst recht waren die Vereinigten Staaten, wie der ganze bisherige Kriegsverlauf bewiesen hat, nicht bereit, mit ihrer eigenen Militärmacht der südkoreanischen Armee zu helfen, den Nordstaat zu erobern. Die Amerikaner rieten im Gegenteil, wie als erwiesen gelten darf, der Regierung von Söul dringend und unter Anwendung wirksamer Druckmittel von ihrem Plan ab, den Ausweg aus den wirtschaftlichen Nöten des Südstaates in einer gewaltsamen Angliederung des Nordstaates zu suchen.

Anderseits kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Sowjetunion die nordkoreanische Regierung, die in hohem Maße von russischer Unterstützung abhängig ist, in ihrem militärischen Unternehmen zum mindesten nicht behindert hat. Dies zwar nicht aus mephistophelisch hintergrundiger Berechnung, wie man sie ihr vielfach zugemutet hat, aus der Absicht heraus etwa, die Vereinigten Staaten in eine Falle zu locken, in der sie ihre Kraft erschöpfen müßten und vor den Völkern Asiens endgültig als imperialistische Eroberermacht dastünden, oder auch nur — wie die Allerintelligentesten erzählen — um wieder einmal in der Welt

wacker Mist zu machen und die allgemeine Kriegsfurcht — die ja insbesondere eine Furcht der westlichen Völker vor einem russisch-kommunistischen Angriff ist — nicht einschlafen zu lassen. Nein, man setzte wohl in Moskau einfach voraus, das südkoreanische Regime sei innerlich derart morsch, daß es durch einen gut vorbereiteten und kräftig geführten Stoß von außen rasch gestürzt werden könne. Und man nahm dann weiter an, Amerika werde, vor eine fertige Tatsache gestellt, das in den Washingtoner Amtskreisen als ohnehin unhaltbar angesehene Südkorea wohl oder übel seinem Schicksal überlassen, so wie es das schließlich auch mit dem China Chiang Kai-Sheks habe tun müssen — eine Annahme, in der sich die Russen, die wirkliche Stimmung im Westen wieder einmal gründlich verkennend, dann allerdings arg getäuscht haben.

**Warum der Angriff?** Trotz all dem vermag ich jedoch nicht in das fast allgemeine Entrüstungsgeschrei gegen den «ruchlosen Sowjetimperialismus» einzustimmen, das jetzt die westliche Welt erfüllt, gemäß dem von Präsident Truman in seiner Botschaft vom 27. Juni ausgegebenen Stichwort: «Der Kommunismus hat nun (man vermeint geradezu ein erleichtertes «Endlich!» herauszuhören! H. K.) zur bewaffneten Invasion und zum Kriege gegriffen.» Und ich muß es ebenso bestimmt ablehnen, diejenige Art des Einschreitens gegen den nordkoreanischen Angreifer gutzuheißen, die Amerika und ihm nach die Organisation der Vereinten Nationen in verhängnisvoll überstürztem Entschluß gewählt haben. Angesichts der ganz einseitig westmächtlich-amerikanischen Beleuchtung, in der sozusagen unsere ganze Presse und erst recht das Radio Tag für Tag die fernöstlichen Dinge zeigen, ist es dringend nötig (und ein Jammer, daß es nicht mehr geschieht), auch die Kehrseite der Medaille vorzuweisen und damit den wirklichen Charakter der koreanischen Ereignisse klarzustellen.

Und da muß man sich zuerst einmal darüber Rechenschaft geben, daß es sich bei dem nordkoreanischen Angriff auf Südkorea nicht um eine Aktion handelt, die beispielsweise einem Überfall Österreichs auf die Schweiz gleichzustellen wäre. Weder Nord- noch Südkorea waren unabhängige Staaten; sie waren und sind *Satelliten einer Großmacht*: der Sowjetunion auf der einen, der Vereinigten Staaten auf der andern Seite, und die Völker beider Länder empfanden ihre Trennung, gar noch durch eine bloß gedachte Grenzlinie — den 38. Breitengrad — als vollkommen willkürlich und schlechterdings unhaltbar, viel willkürlicher und unhaltbarer als etwa die Zweiteilung Deutschlands ist. Professor Owen Lattimore betont darum in seinem Buch «Die Lage in Asien» mit Recht:

«Es war von Anfang an klar, daß Unabhängigkeit die entscheidende Frage für Korea war. Doch als Korea aus Gründen militärischer Besetzung am 38. Breitengrad geteilt wurde, machten die Amerikaner einen grundlegenden Fehler, indem sie amerikanisch-russischen Prestigestreitigkeiten in einem geteilten Korea den Vorrang vor der Frage der Einigung Koreas gaben. Dadurch, daß die Russen einsahen, daß dies

eine Sackgasse war, daß sie den Prestigestreit abbrachen und als erste ihre Truppen zurückzogen, haben sie das Hauptproblem der koreanischen Einheit wieder in den Mittelpunkt gestellt. Sie haben sich dadurch den Vorteil gesichert, die amerikanischen Besetzungstruppen in Südkorea (die inzwischen freilich ebenfalls zurückgezogen wurden [H. K.]) zum fremden Symbol eines geteilten Landes zu machen.»

Und ein ungenannter Ausländer in Südkorea schreibt dem Londoner «New Statesman» (22. Juli):

«Nordkorea, mit 10 Millionen Einwohnern, hat fast alle Wasser- und Elektrizitätskräfte, chemische Fabriken (besonders für die lebenswichtigen Düngemittel), Holz-, Eisen- und hochgradige Kohlenschätze. Der Süden ist fast vollständig landwirtschaftlich, mit primitiven Dörfern in Reistälern zwischen nackten, baumlosen Bergen. Die Amerikaner schätzten, daß die Hälfte seiner Bevölkerung von 20 Millionen unter dem Existenzminimum lebe, die Koreaner schüttelten die Köpfe und setzten die Zahl auf zwei Drittel an... Die amerikanische Wirtschaftshilfe war nur ein Notbehelf und soll im Jahre 1952 aufhören. Vor dieser Aussicht stehend, drängte eine starke Partei im Süden auf einen Krieg, um die Grenze am Breitengrad zu beseitigen. Die Koreaner warteten gespannt; Plakate tauchten auf mit Bildern von Soldaten, die die Schranken niederreißen.»

Es ist wahr: die Amerikaner drohten daraufhin mit sofortigem Entzug der Wirtschaftshilfe, und die Plakate verschwanden wieder. Aber in Nordkorea war man längst überzeugt, daß der Südstaat dennoch den Krieg vorbereite, den die Amerikaner nur gerade jetzt nicht gewünscht hätten, zumal die Drohreden der südlichen Staatsmänner nicht verstummt und die Grenzzwischenfälle andauerten; allein im Jahr 1949 sollen sich nach einer Meldung der «New York Times» ihrer mehr als 600 ereignet haben, während nach dem offiziellen Bericht der UNO-Kommission in den letzten zwei Jahren bei Grenz- und Guerillakämpfen nicht weniger als 18 000 Koreaner getötet wurden. Und als dann unter dem unseligen Einfluß General McArthurs, des Militärdiktators von Japan, die Forderung nach dauernder Überlassung militärischer Stützpunkte auf den japanischen Inseln an die Vereinigten Staaten mit erneuter Dringlichkeit erhoben wurde, als vollends im Juni höchstgestellte amerikanische Militärs und Politiker in Japan und Korea erschienen — um man weiß nicht was für Pläne ins Reine zu bringen —, da mag es die nordkoreanische Regierung für angezeigt gehalten haben, selber loszuschlagen, um der befürchteten südkoreanisch-amerikanischen Offensive zuvorzukommen und die Wiedervereinigung der beiden Landeshälften unter kommunistischer Fahne herbeizuführen<sup>1</sup>. Was sicher ihren

<sup>1</sup> Am 9. März 1949 sagte Yun Chi Yong, der frühere Innenminister der südkoreanischen Regierung und Vizepräsident der Nationalversammlung, in einer Pressekonferenz: «Was wir mit der UNO-Kommission besprochen haben, ist, daß eine friedliche Vereinigung von Süd- und Nordkorea nichts weiter als ein politisches Hirngespinst ist. Der einzige Weg, Süd- und Nordkorea zu vereinigen, besteht für die Republik von Taean darin, das verlorene Land in Nordkorea mit Gewalt wiederzugewinnen.» Und noch am 2. März 1950 versicherte Präsident Syngman Rhee in öffentlicher Ansprache, daß man in Südkorea den Hilferuf der nordkoreanischen Brüder höre und auf ihn antworten werde. «Diese in einer Rede zum koreanischen

eigenen Angriff nicht entschuldigt — ein Präventivkrieg ist niemals zu entschuldigen —, aber doch wieder einmal zeigt, wie in einer Atmosphäre internationaler Spannung, da jeder dem andern das Schlechteste zutraut, unversehens eine Verumständigung eintreten kann, die das drohende Gewitter tatsächlich zur Entladung bringt.

**Revolutionäre Aktion** Neben dem Drang nach nationaler Einigung steht aber hinter dem koreanischen Krieg — wie hinter der explosiven Unrast in ganz Ost- und Südasien — als entscheidende Triebkraft der Wille zur *wirtschaftlichen und sozialen Befreiung* eines in untermenschlichen Verhältnissen dahindämmernden Volkes. Auch das, und gerade das, wird von der westmächtlichen Propaganda planmäßig verdunkelt. Der Kampf in Korea wird vielmehr von den Vereinigten Staaten pathetisch als ein solcher der «freien Welt» gegen den «kommunistischen Totalitarismus» erklärt, und die Verbündeten und Sympathisanten des offiziellen Amerika geben dieses Schlagwort aus Gedankenlosigkeit oder bewußter Absicht weiter. «Südkorea ist ein Leuchtturm der Freiheit!» rief der britische Generalstaatsanwalt Sir Hartley Shawcross, den manche als den kommenden Außenminister ansehen, im Parlament begeistert aus. Und auch die schwedische Regierung — um nur dies eine Beispiel zu erwähnen — hat sich, wie in Stockholm versichert wird («Neue Zürcher Zeitung» Nr. 1423), mit dem militärischen Eingreifen in Korea deshalb solidarisch erklärt, weil es sich hier um einen «Kampf zwischen Gewalt und Recht, zwischen Kommunismus und Demokratie» handle. Und so weiter bis zum letzten westeuropäischen Lokalblatt<sup>2</sup>.

In Wahrheit ist natürlich Südkorea gar kein Leuchtturm der Freiheit, sondern ein Herd brutalster Reaktion<sup>3</sup>. Das spricht sich jetzt allmählich doch auch in der westlichen Welt herum, so daß wir es uns schenken können, die Belege dafür zu häufen. Nur ein einziges weiteres Zeugnis, und zwar wieder von amerikanischer Seite, sei auch hier erwähnt (ich habe es ausführlicher im «Zeitdienst», Nr. 26, zitiert): ein Artikel, den

---

Unabhängigkeitstag enthaltene Erklärung», so bemerkten dazu die «New York Times», «war einer der freimütigsten Hinweise der letzten Monate auf den Wunsch, das Land nötigenfalls mit Gewalt zu einigen.» Der Wille zum Einheitskrieg war tatsächlich bei der Südregierung ganz unverkennbar. Die Nordregierung hat den Stiel nur umgekehrt und ist ihrerseits zum Angriff geschritten.

<sup>2</sup> Die sozialdemokratische «Seeländer Volksstimme» in Biel behauptet mit gleicher Selbstsicherheit (Nr. 147): «Zur Verteidigung seiner Situation ... greift Russland einen demokratischen Staat mit Hilfe eines Satelliten an.» Und solche Unwissenheit hilft mit, das Urteil unseres Arbeitervolkes über weltpolitische Vorgänge zu bilden!

<sup>3</sup> Walter Sullivan, der Koreakorrespondent der «New York Times», berichtet seinem Blatt (6. März 1950): «Weite Teile Südkoreas sind heute durch eine Wolke von Terror verdunkelt, wie er wahrscheinlich in der Welt ohne Beispiel dasteht. Er ist ganz allgemein und überschattet das Leben der Polizei, der Bauern und der Guerillakämpfer gleicherweise.»

Andrew Roth, dieser treffliche Kenner Ostasiens, vor nunmehr fast einem Jahr, am 13. August 1949, in der Neuyorker «Nation» veröffentlicht hat. Roth stellt darin unter anderem fest:

«Koreas Kampf ist wie derjenige in China ein solcher zwischen einer Rechtspartei, die ihre Kraft aus den Besitzenden zieht, und einer Linkspartei, die ihre Kraft aus den Nichtbesitzenden zieht, und zwar in einer Gesellschaft, die durch den Zwang zur Umwälzung gekennzeichnet ist. Die Koreanische Demokratische Nationalpartei, die Dr. Rhee (des Staatspräsidenten) Südkorea beherrscht, ist das Gegenstück der Kuomintang. Wie die Kuomintang, so ist auch die KDNP im wesentlichen eine Partei der Grundbesitzer...»

Wie Chiang Kai-Shek, der verschiedene in Deutschland geschulte Chinesen als wichtige Ratgeber hatte, so hat Dr. Rhee als Erziehungsminister den in Deutschland ausgebildeten Dr. Ahn Ho-sang. Dr. Ahn ist ein offener Bewunderer des Nazismus und hat das Schulwesen bereits von mehr als 2000 Lehrern gesäubert... Ausländische Geschäftsleute, die in jüngster Zeit sowohl China wie Korea besucht haben, beklagen sich, daß die Korruption noch ärger sei als im Kuomintangchina.

In Südkorea haben die Vereinigten Staaten eine Regierung geschaffen, deren Ideale dem Faschismus weit näherstehen als der Demokratie. Um den Kommunismus zu bekämpfen und die Ausbreitung des Sowjeteneinflusses aufzuhalten, verbündeten sich die Amerikaner mit den extremen Antikommunisten, die all die totalitären Methoden des Polizeiterrors, der Folterung und der Freiheitsunterdrückung anwandten, derer wegen die Amerikaner den Kommunismus zu verdammten pflegen.»

Die jüngsten Wahlen haben zwar der Partei Rhee formell eine Niederlage gebracht, aber von einem grundsätzlichen Regimewechsel ist deswegen in Südkorea sowenig die Rede wie in Griechenland oder der Türkei, die vor kurzem ja auch sogenannte fortschrittliche Wahlen gehabt haben. Der «weiße» Terror steht jedenfalls in Südkorea heute mehr in Blüte als je zuvor, konnte man doch an einem einzigen Tag folgende drei Nachrichten in der Presse lesen:

Wie der südkoreanische Polizeichef Kim Tai Soo mitteilt, sind seit Beginn des Feldzuges 1200 Kommunisten und andere Personen, die im Verdacht standen (!), Kommunisten zu sein, hingerichtet worden. (Meldung der Agentur Reuter aus dem Hauptquartier MacArthurs vom 14. Juli.)

Vor der Räumung von Suwon durch die südkoreanischen Truppen sind über 1000 Patrioten (das heißt Kommunisten) erschossen worden. (Meldung von Radio Pyongyang vom 14. Juli.)

Die südkoreanische Polizei nahm mehrere hundert bekanntere Kommunisten gefangen nach dem Süden mit. Als sie die Leute wegen Transportschwierigkeiten nicht mehr weiterbringen konnte, führte sie diese in die Berge, ließ sie ein Massengrab ausheben und erschoß sie dann. (Meldung der Londoner «Times» vom 14. Juli.)

Die Behauptung des amerikanischen Außenministers Acheson, daß «das südkoreanische Volk mit außergewöhnlicher Einmütigkeit und Begeisterung auf der Seite seiner Regierung stehe», erscheint angesichts des politischen und sozialen Systems, unter dem dieses Volk lebt, reichlich kühn und ist durch den Zusammenbruch der südkoreanischen Kampfmoral inzwischen auch eindeutig widerlegt worden.

Wie dem aber auch sei: der Wille, das durch und durch verrottete feudalkapitalistische Regime in Südkorea zu stürzen, ist wohl mit der stärkste Beweggrund für den nordkoreanischen Angriff, der sich damit

wesentlich als Einheits- und Revolutionskrieg mit agrarkommunistischem Vorzeichen kennzeichnet und sich den ähnlich gearteten Umsturzbewegungen in China, Indochina, Malaya usw. sehr natürlich anreicht. Es ist darum kleinlich und einfältig, den Krieg in Korea als das düstere Machwerk eines bösartigen «Sowjetimperialismus» zu brandmarken, der die sozialrevolutionäre Bewegung der asiatischen Völker nur für seine eigenen, ganz anders gearteten Zwecke mißbraucht. Nein, die Sowjetunion ist selbst einer mächtigen sozialrevolutionären Bewegung entsprungen und darum mit den Völkern, die für ihre Befreiung aus ähnlich unerträglichen Verhältnissen den gleichen Gewaltweg beschritten haben, moralisch und politisch von vornherein eng verbunden, ohne es nötig zu haben, sie für irgend welche ihnen fremde Zwecke zu «mißbrauchen», so wie zum Beispiel der Nazismus die deutschen Arbeitslosen für die Verwirklichung seiner Herrenvolkideale und für die von ihm vertretene kapitalistische Gegenrevolution tatsächlich mißbraucht hat. Der Kommunismus ist eine bestimmte Methode der gesellschaftlichen Umwälzung; es ist darum sinnlos, zu behaupten, die Kommunisten mißbrauchten die Klassen und Völker, an die sie sich wenden, für ich weiß nicht was für trübe Zwecke, wenn sie ihnen predigen, ihre soziale Befreiung sei nur mit den Methoden zu gewinnen, die in Rußland den zaristischen Absolutismus und Feudalismus gestürzt haben. Mag Winston Churchill, der alte Sozialisten- und Kommunistenhasser, weiter sein Lied singen von den «bösen Männern, die an der Spitze der kommunistischen Welt stehen und an der Schaffung eines Vorrats von Atombomben arbeiten, welcher es ihnen binnen weniger Jahre ermöglichen soll, die westliche Welt zu terrorisieren» — wir andern sind keineswegs verpflichtet, eine derart primitiv-oberflächliche Erklärung des Phänomens Kommunismus anzunehmen, und weigern uns auch im Fall Korea, die «blutige Hand des Kremls» hinter Ereignissen zu sehen, die in erster und letzter Linie die erschütternde Not von Millionen reisbauender Hungerleider als treibende Kraft haben<sup>4</sup>.

Im übrigen ist es, wenn man schon nach ausländischen «Hetzern» sucht, die das brave Volk von Korea verhinderten, nach amerikanischer Fasson selig zu werden, wohl viel eher chinesischer als russischer Einfluß, der in Nordkorea tätig ist. Zwar hat man in der westlichen Welt lange Zeit auch die revolutionäre Bewegung in China und ihre überraschenden Siege als Furcht russischer Propaganda und Unterstützung ausgegeben, aber schließlich war es doch nicht mehr zu verheimlichen, daß gerade die russische Nichtintervention und die amerikanische Intervention einer der kennzeichnenden Züge des chinesischen Bürgerkriegs

---

<sup>4</sup> In Nordkorea ist die Agrarrevolution in großem Stil durchgeführt worden. Die Großgrundbesitzer sind enteignet und das Land ist an die Bauern verteilt worden, wobei allerdings — im Unterschied zu China — die Dorfgemeinde Besitzerin des Bodens bleibt. In den neugewonnenen Gebieten Südkoreas wird die gleiche Reform durchgeführt.

war. Die Siege der kommunistischen Volksarmeen sind tatsächlich, wie Anna Louise Strong in ihrem Buch «Das China von morgen» (1948) feststellt, neben der Schwungkraft der revolutionären Bauernerhebung vor allem die Folge einer einzigartigen Militärorganisation und Strategie, die Mao Tse-tung in zwanzig Jahren eines unerhört zähen und opferreichen Kampfes gegen die alte Staats- und Gesellschaftsverfassung Chinas ausgebildet hatte, und die auf einer genial zu nennenden Zusammenarbeit zwischen der zentral geführten Armee und den örtlichen Partisanengruppen beruhte. «Diese Kriegsmethoden», so schrieb die berühmte amerikanische Journalistin, «werden von den Rebellenarmeen in Süd- und Ostasien eifrig studiert. Die nationalistischen Revolutionen von Indonesien, Indochina und Burma holen sich ihre neuesten, höchst praktischen Ideen viel mehr bei Mao Tse-tung und dem kommunistischen China als im gegenwärtigen Moskau. Maos Kriegsführung ist auf solche Völker zugeschnitten; denn die Probleme Chinas sind den ihrigen ähnlich, und auch die Volksrevolution in China muß sich gegen überlegene Waffen durchsetzen.»

Ist es nicht wahrscheinlich, daß auch Nordkorea vor allem von seinem großen chinesischen Nachbarn gelernt hat und sich mit ihm solidarisch weiß, bei aller Unterstützung, die es von seinem anderen, dem russischen Nachbarn empfangen hat? China ist jedenfalls an Korea mehr interessiert als Rußland und wäre darum auch viel eher zum Eingreifen herauszufordern als dieses, liegt es den chinesischen Kommunisten doch äußerst nahe, die Beseitigung des feudal-rückschrittlichen Systems in Südkorea nur als die Vollendung der Revolution anzusehen, die sie in ihrem eigenen Land unter so unsäglichen Leiden und Opfern vollzogen haben.

**Gegenrevolutionäre Reaktion** Bei all dem, was wir über die lebendigen Triebkräfte des koreanischen Krieges gesagt haben, übersehen wir freilich keineswegs, daß es sich hier doch nicht bloß um einen sozialrevolutionären Wiedervereinigungs- und Befreiungskrieg handelt, da nun eben einmal Südkorea seit fünf Jahren juristisch ein eigener Staat, wenn auch nur ein Puppenstaat unter amerikanischem Patronat, ist und die Unerträglichkeit seines inneren Regimes keinen ausreichenden Grund bildet, dem sozial viel weiter fortgeschrittenen Nordstaat eine kriegerische Gewaltaktion gegen den Süden des Landes nachzusehen. Schließlich waren Österreich im Jahr 1938 und Polen im Jahr 1939 auch reaktionäre und faschistische Staaten (wenngleich, sehr im Unterschied zu Korea, selbständige Staaten mit eigener Kultur und Überlieferung), und wir lehnten uns damals dennoch gegen Hitlers Annexions- und Angriffshandlungen entschieden auf. Ein Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea wäre darum an und für sich durchaus am Platz gewesen — wenn es wirklich nur gegen Nordkorea

als Friedensbrecher gerichtet gewesen wäre und den tatsächlichen Beweggründen des nordkoreanischen Angriffs Rechnung getragen hätte, wenn also die UNO als Ziel ihrer Intervention nicht nur die Einstellung der Feindseligkeiten, sondern auch, unter Ausschluß aller machtpolitischen Absichten gewisser ihrer Mitgliedstaaten, die Wiedervereinigung Koreas und seine gründliche soziale Umgestaltung im Einklang mit dem Mehrheitswillen seines Volkes verkündet hätte.

Aber gerade diese Bedingung ist nun ja ganz und gar nicht erfüllt worden. Das Eingreifen in Korea ist nicht von einer macht- und sozialpolitisch neutralen, über dem Gegensatz der nationalen und Klasseninteressen stehenden UNO ins Werk gesetzt worden, sondern von einem ausgesprochen *gegenrevolutionär und imperialistisch eingestellten Amerika*, das die Vereinten Nationen nur als Feigenblatt für seine kapitalistisch-antikommunistische Machtpolitik benutzt, während die UNO ihrerseits die nationalpolitischen und sozialrevolutionären Hintergründe des koreanischen Krieges geflissentlich übersieht und sich einfach auf die formalrechtliche Seite des Problems beschränkt. Und dieses Vorgehen ist in unseren Augen bei weitem verwerflicher und für den Weltfrieden gefährlicher als die nordkoreanische Angriffsaktion selbst.

Das amerikanische Einschreiten in Korea ist tatsächlich den gleichen Beweggründen entsprungen, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in immer stärkerem Maße dazu geführt haben, daß die Vereinigten Staaten an allen Orten des Erdballs, wo der kapitalistische oder feudale Gesellschaftsaufbau erschüttert und durch den Sozialismus oder Kommunismus bedroht war, mit ihren militärischen und wirtschaftlichen Machtmitteln auf den Plan getreten sind, um die Vorherrschaft des «freien Unternehmertums» sicherzustellen und womöglich der «amerikanischen Lebensform» die Welt zu erobern. Das «amerikanische Zeitalter» ist nicht nur der Wunschtraum überspannter Propagandisten; es ist die Vorstellung, die sich die große Mehrheit des amerikanischen Volkes überhaupt von der absehbaren Zukunft der Menschheit macht, ist doch der naive Glaube an die undisputierbare Überlegenheit des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems tief im Bewußtsein der allermeisten Bürger der Vereinigten Staaten verwurzelt. Den Kampf für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, unter der Amerika seine heutige stolze Reichtums- und Machtfülle erworben hat und zum ersten Weltreich dieser Zeit aufgestiegen ist, und ihre mit allen Mitteln zu betreibende Verteidigung gegen jeden ernstzunehmenden Versuch zu ihrer grundsätzlichen Umgestaltung — das versteht man in der ganzen westlich-konservativen Welt (zu der wir auch den Großteil ihrer Arbeiterorganisationen zählen müssen) unter dem «Kampf zwischen Demokratie und Kommunismus», zwischen «Recht und Gewalt», wobei man die demokratischen Züge der westlichen Gesellschaft grotesk übertreibt und idealisiert, die diktatorisch-gewalttätigen Züge der neu heraufkommenden «östlichen» Gesellschaft aber ebenso tenden-

ziös vergröbert und entstellt. Denn wäre es insbesondere den Vereinigten Staaten wirklich um die Verteidigung der Freiheit in der Welt zu tun — der «Freiheit als Prinzip», im Gegensatz zur «Freiheit als Interesse», wie Vinet unterschied —, so dürfte sie niemals die kapitalistischen und feudalen Diktaturen eines Adenauer, eines de Gasperi, eines Franco, eines Tsaldaris, eines Schah Palavi oder auch eines Bao Dai, eines Quirino, eines Yoshida und Chiang Kai-Shek stützen, um eine kommunistische Diktatur in Ländern dieser ihrer Freunde und Bundesgenossen zu verhindern. Sie müßten vielmehr mit aller Kraft diese konservativen Wirtschafts- und Staatssysteme bekämpfen, um an ihre Stelle demokratisch-sozialistische Ordnungen zu setzen — die allein aussichtsreiche Art, der Revolution nach kommunistischer Art vorzubeugen. Aber man weiß es ja: gerade das ist es, was die Vereinigten Staaten und die meisten ihrer Verbündeten nicht wollen, und darum benützen sie ohne unnötige Zimperlichkeit auch jedes bürgerliche oder feudale Gewaltregime, wenn es ihnen nur in ihrem Machtkampf gegen den Kommunismus zu dienen scheint. Es geht ihnen nicht um die Diktatur als Regierungsform, sondern um deren wirtschaftlichen und sozialen Gehalt und Hintergrund.

So besann sich denn die amerikanische Staatsführung, im Einklang mit ihrer ganzen bisherigen Koreapolitik, auch nicht einen Tag, um die Diktatur Rhee mit allen verfügbaren Kräften und auf jede Gefahr hin zu unterstützen, als die alte Ordnung an diesem für Amerika besonders empfindlichen Punkt bedroht wurde. Daß sehr wahrscheinlich die Mehrheit der südkoreanischen Nation eine «Ordnung» ablehnt, die zwei Drittel der Bevölkerung zu untermenschlichen Existenzbedingungen verurteilt, konnte demgegenüber für Washington (und McArthurs Tokio) nicht ins Gewicht fallen; der von vornherein feststehende Zweck rechtfertigte auch hier ein in den Augen «sentimentaler» Leute vielleicht anfechtbares Mittel. Wo aber wirklich freiheitliches und sozialistisches Empfinden lebt, da wendet man sich überall unzweideutig gegen einen Interventionskrieg, dem nicht Frieden, Freiheit und die anderen Menschheitsideale voranleuchten, die man jetzt für ihn anruft, sondern . . . etwas ganz anderes. H. N. Brailsford beispielsweise, der bedeutende englische Sozialist, schreibt dem Chefredakteur des «New Statesman» (8. Juli), der, mit etlichen Vorbehalten, für die Unterstützung des amerikanischen Vorgehens eintritt, mit begreiflicher Erbitterung:

«... Da wir sehr wohl wissen, daß das Regime, das wir in Südkorea verteidigen, ebenso korrupt, unfähig und gegen alle Regeln bürgerlicher Freiheit unempfindlich ist, wie dasjenige Chiang Kai-Sheks in China war, so kämpfen wir dafür, es wiederherzustellen und — vielleicht — auf ganz Korea auszudehnen. Wie vieler britischer Flieger und Matrosen Leben sind wir bereit zu opfern, um die Amerikaner gegen das russische Reich zu unterstützen und bis zum 38. Breitengrad hinauf das private Unternehmertum — erweitert durch Bestechung und Grausamkeit — wieder aufzurichten? Für meinen Teil: keinen Mann, keinen Jungen.»

In der «großen» demokratischen und sozialistischen Presse der Schweiz haben wir bislang vergebens nach einer ähnlich klaren Sprache gesucht. Vermerken wir immerhin, was Fritz Schwarz, also ein entschieder Gegner allen Sozialismus oder gar Kommunismus, im «Freien Volk» (Nr. 29) festhält:

«Die amerikanischen jungen Soldaten kämpfen gegen ein Volk ohne Arbeitslose, ohne Elend, ohne soziale Not — sie kämpfen für eine Regierung, die 4 Millionen Arbeitslose in Korea und ebenso viele in den Vereinigten Staaten duldet und duldet. Glaubt man im Westen, daß so etwas auf die Dauer geht? Gulliver wird stürzen, gefällt durch die Zwerge...»

Es ist wirklich auch eine sale guerre, ein schmutziger Krieg, den die Amerikaner in Korea führen, wie derjenige der Franzosen in Indochina! Und wir möchten wissen, was für Gutes daraus irgendwie entspringen kann.

### **Die UNO als Deckmantel**

Aber steht eben nicht doch — so fragt man uns vielleicht — hinter dem amerikanischen Eingreifen in Korea die ganze Autorität der Vereinten Nationen? Muß man nicht, trotz allen Hemmungen, die man empfinden mag, das tapfere Einstehen der UNO für den Angegriffenen gegen den Friedensbrecher unbedingt billigen und unterstützen? Wo kämen wir hin, wenn wir jedem ähnlichen Angriffsunternehmen, das irgendwo in der Welt ausgelöst würde, die Bahn freigäben?

Ich frage zurück: Wo war denn die «tapfere» UNO, als im Jahr 1948 fünf arabische Staaten in Palästina einfielen, um den von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Teilungsbeschuß umzustoßen<sup>5</sup>? Was tat sie, als Holland dem Befehl des Sicherheitsrates trotzte, seine «Polizeiaktion» in Indonesien einzustellen? Wann hat man davon gehört, daß die UNO militärische Sanktionen beschlossen und durchgeführt hätte, wenn jeweilen in Lateinamerika ein Satellit der nordamerikanischen Union gegen den andern Krieg führte? Antwort: Die UNO hat bisher noch niemals so wie im Fall Korea die Wehrmacht ihrer sämtlichen Mitgliedstaaten aufgeboten, um einen Friedensbrecher in die Schranken zu weisen! Untersuchungskommissionen, Vermittlungsaktionen und dergleichen Dinge — das war alles, wozu sie sich aufzuraffen vermochte. Und warum? Weil die UNO vollständig von Amerika und seinen Gefolgsstaaten beherrscht ist und sich nur dann auf ihre Pflicht zur Friedenswahrung durch Einsatz militärischer Mittel besinnt, wenn ein amerikanisches Machtinteresse im Spiele liegt. Das ist der nüchterne Tatbestand.

---

<sup>5</sup> Es entbehrt nicht der Ironie, daß Ägypten erklärte, mit Rücksicht auf die damalige (ägyptenfreundliche) Haltung der UNO dem Sanktionenbeschuß der UNO in der Koreaangelegenheit nicht zustimmen zu können, während sich Israel beeilte, die UNO (beziehungsweise die Vereinigten Staaten von Amerika, die für es realere Werte verkörpern) seiner moralischen Unterstützung zu versichern...

Er kommt auch in der ganzen Art und Weise zum Ausdruck, wie das kriegerische Eingreifen in Korea zustande kam. Die Entscheidung dafür fiel ja nicht etwa im Sicherheitsrat in Neuyork, sondern — am Nachmittag des 26. Juni — im Washingtoner «Politbureau», das heißt an einer Konferenz der höchsten Regierungsmänner mit dem Nationalen Verteidigungsamt und weiteren politischen und militärischen Persönlichkeiten der USA. Von einer Einberufung der Bundesversammlung war selbstverständlich keine Rede; der Kriegsbeschuß wurde — wie das sozusagen normal ist, aber bisher für das «demokratische» Amerika immer geleugnet wurde — auch hier nur von dem innersten Kreis der Staatsführer gefaßt. Die schüchterne Opposition, die sich gegen diese «ungesetzliche Kriegserklärung» in Parlament und Presse erhob, wurde von der Welle patriotischer Loyalität rasch weggeschwemmt.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde durch diesen durchaus eigenmächtigen Beschuß der amerikanischen Regierung vor eine fertige Tatsache gestellt. Er konnte am folgenden Tag (27. Juni) nurmehr Ja und Amen dazu sagen, wollte er nicht den Vereinigten Staaten eine folgenschwere politische Niederlage bereiten. Ob er dazu angesichts des Fernbleibens des Sowjetvertreters von seinen Sitzungen rechtlich überhaupt befugt war, ist eine umstrittene Frage; moralische Autorität kann der Sicherheitsrat für seinen offenkundig unter amerikanischem Druck gefaßten Beschuß jedenfalls nicht beanspruchen. Und der bereits erwähnte Brailsford stellt denn auch mit nur zuviel Recht fest:

«Als sich der Sicherheitsrat unter amerikanischer Führung weigerte, die Pekinger Regierung als ständiges Mitglied zuzulassen, drückte er sein eigenes Ansehen als internationale Körperschaft herab. Da sich Rußland zum Protest gegen diesen ungerechten Beschuß zurückzog, gehört dem Rat kein Vertreter der 700 Millionen Asiaten und Europäer an, die den Ostblock bilden. Einst war er eine Weltkörperschaft, die, wenn auch auf unbehagliche Art, Ost und West vereinigte. Jetzt vertritt er nur die eine Seite in dem Zwist, der die Menschheit trennt, und die meisten seiner Mitglieder sind die Verbündeten und Schuldner der Vereinigten Staaten. Eine so zusammengesetzte Körperschaft konnte in der gefährlichen Koreakrise nicht als unparteiische Autorität wirken. Wenn unsere Absicht die Wiederherstellung der Herrschaft des Rechtes in der Welt ist, dann ist es noch wichtiger, den Sicherheitsrat umzubilden, als die Nordkoreaner hinter den 38. Breitengrad zurückzutreiben... Angriff ist ein häßliches Wort; aber kommt nicht auch Trumans Anwendung von Gewalt, um der Pekinger Regierung Formosa vorzuhalten, einem Angriff gleich? Unter diesen Umständen darauf zu bestehen, daß wir, ohne uns auf Kompromisse einzulassen, weiterkämpfen müßten, bis das Recht durch militärische Sanktionen zum Siege geführt sei, ist ebenso unsittlich als unrealistisch. In diesem Dickicht gibt es kein Recht; um es wiederherzustellen, braucht es mehr als einen amerikanischen Sieg.»

All das übersah der Sicherheitsrat ganz bewußt. Nicht einmal soviel Unparteilichkeit brachte er auf, daß er die nordkoreanische Darstellung des Konfliktfalles auch nur in Betracht gezogen hätte; er stellte einfach auf die Behauptung der amerikanischen Regierung und auf ein Telegramm der UNO-Kommission in Südkorea ab, die sich ihrerseits zum Sprachrohr der Regierung von Söul machte und nicht über das geringste

Tatsachenmaterial verfügte. Das hinterste Bezirksgericht in der Schweiz würde sich schämen, auf Grund einer derartig liederlichen und einseitigen Untersuchung und Plädierung eines Falles sein Urteil zu fällen. Der Weltsicherheitsrat kannte solches Schamgefühl nicht; er sprach in geradezu unanständiger Hast sein «Schuldig» gegen Nordkorea aus, nur um sich Amerika willfährig zu erweisen, obwohl — wie wir gezeigt zu haben glauben — die auch nach unserer Überzeugung heute feststehende Tatsache des Angriffes auf den Südstaat in ein wesentlich anderes Licht gerückt wird, wenn man sie in den ganzen Sachzusammenhang hineinstellt, aus dem der Appell Nordkoreas an die Waffen herausgewachsen ist.

Für Amerika hat dieser Ablauf der Dinge natürlich den unschätzbaren Vorteil, daß es seine neue imperialistisch-gegenrevolutionäre Machtpolitik in Ostasien hinter einem förmlichen UNO-Beschluß verstecken und seinen durchaus auf dem Faustrecht beruhenden Interventionskrieg als übernationale Friedens- und Polizeiaktion ausgeben kann. Das heißt: wenigstens seinen Krieg in Korea. Denn sein bewaffnetes Eingreifen zum Schutz der Insel Formosa gegen einen Angriff der chinesischen Volksarmee kann auch von den gerissensten Sophisten nicht in einen Auftrag zur Züchtigung eines Friedensbrechers umkonstruiert werden, da eben Formosa unbestritten zu China gehört, dessen Regierung darum völkerrechtlich völlig frei ist, den letzten Zufluchtsort der Kuomintangpolitiker militärisch zu säubern. Die Amerikaner müssen also hier die Kommunisten schon auf eigene Rechnung bekriegen und damit das wahre Gesicht ihrer ostasiatischen Haupt- und Staatsaktion zeigen, die die förmliche Abkehr ihrer jüngsten, eher abwartend-passiven Haltung gegenüber dem Vormarsch des Kommunismus in Ostasien und die erweiterte Rückkehr zu ihrer früheren, so kläglich gescheiterten Interventionspolitik darstellt. Dank dem Vorprellen des kommunistischen Nordkoreas haben in Washington die Draufgänger und Aktivisten die Oberhand gewonnen und nutzen nun die vermeintlich günstige Gelegenheit, das amerikanische Pazifik-Imperium auszudehnen und zu festigen, rücksichtslos aus.

Präsident Truman beteuert zwar ein übers andere Mal, die Vereinigten Staaten hätten «keinerlei territorialen Absichten auf Formosa». Allein was würde sie hindern, im Falle eines glücklichen Fortgangs ihrer neuen Ostasienpolitik die Bestrebungen, Formosa von China abzutrennen, kräftig zu fördern und aus dem so entstandenen «unabhängigen» Staat ebenso eine amerikanische Kolonie zu machen wie aus den formell selbständigen Philippinen? Amerikas Eingreifen in Korea und seine Aktion zum «Schutze» von Formosa gehören tatsächlich auf die gleiche Linie; sie sind beides Bestandteile einer und derselben Politik, nur daß die Vereinigten Staaten in Korea als Beauftragte der UNO auftreten können, während sie auf Formosa — vorerst wenigstens — auf eigene Rechnung und Gefahr operieren müssen.

Aber was für eine Heuchelei liegt doch in diesem ganzen amerikanischen «Kampf für Frieden und Freiheit»! Welche Lüge — es gibt kein milderes Wort dafür — ist die ganze UNO-Aktion zur angeblichen Durchsetzung des Grundsatzes, daß jeder angegriffene Staat auf die unverbrüchliche Solidarität der großen übernationalen Rechts- und Friedensorganisation zählen dürfe! Und wie betrüblich, daß so viele wohlmeinende Menschen auf diesen elenden Betrug hereingefallen sind, auch ein Henry Wallace, der sich doch über die Gefahren des amerikanischen Imperialismus und Antikommunismus keiner Täuschung hinzugeben schien und sich gerade jetzt zur «nationalen Solidarität» bekennt, wo es wahrhaftig gälte, vor allem seine Solidarität mit der Wahrheit zu beweisen — auch wenn das neuen Widerstand gegen eine irregeföhrte Volksmeinung bedeutete<sup>6</sup>! Muß denn der koreanische Krieg wirklich erst an die Schwelle eines neuen Weltkrieges führen, bis in Einzelmenschen und ganzen Volksgruppen jener Geist des unbeugsamen Widerstandes gegen jeden Krieg erwacht, der — wenn überhaupt noch — die letzte Katastrophe allein abwenden kann?

**Gefahr in Verzug!** Denn daß die Gefahr der Ausdehnung des Koreakonfliktes zum neuen Weltbrand mit jedem weiteren Tag, da in Korea gekämpft wird, größer wird, das liegt ja nur zu klar auf der Hand. Der bisherige Kriegsverlauf selbst hat bei den Seiten erhebliche Enttäuschungen gebracht. Nordkorea vermodete infolge des sofortigen Eingreifens der Vereinigten Staaten und der Tapferkeit ihrer fast auf verlorenem Posten kämpfenden Soldaten nicht den Blitzsieg zu erringen, mit dem es zweifellos gerechnet hatte. Amerika anderseits mußte erleben, daß der Widerstand der südkoreanischen Armee, die zahlenmäßig dem Angreifer wesentlich überlegen war, ruhmvoll zusammensackte und so die fatale Tatsache offenbar wurde, daß der südkoreanische Soldat an der Sozialordnung, in die er hineingestellt ist, nicht viel Verteidigungswertes findet. Der Nachschub an kampffähigen amerikanischen Truppen aber geht infolge der großen Entfernung des Kriegsschauplatzes von der Heimat so langsam vor sich, daß die erstaunlich gut ausgerüsteten und geführten Nordkoreaner, unter schweren Verlusten zwar, eine Stellung der Invasionsarmee um die andere durchbrechen und im Augenblick, da wir schreiben, nahe daran scheinen, die Amerikaner ins Meer zurückzuwerfen.

Am Endsieg der amerikanischen Armee, hinter der eben der ganze ungeheure Reichtum und Machtapparat der Vereinigten Staaten steht,

<sup>6</sup> Nach privaten Berichten, die mir zugegangen sind und auf die nächste Umgebung von Wallace zurückgehen, scheint Wallace durch den beispiellosen Verleumdungs- und Beschmutzungsfeldzug, dem er seit Jahr und Tag ausgesetzt gewesen war, seelisch einfach derart zermürbt worden zu sein, daß er die erste Gelegenheit ergriff, um sich in den Augen des großen Publikums wieder «patriotisch respektabel» zu machen. Eine menschliche Tragödie mehr!

zweifeln wir allerdings — «normale» Entfaltung dieses Apparates vorausgesetzt — auch jetzt nicht. Das ganze weltpolitische Ansehen Amerikas steht ja hier auf dem Spiel, noch ungleich mehr als in Griechenland, wo viele Hunde schließlich doch des Hasen Tod wurden. Aber während die amerikanische Luftwaffe mit großen Verbänden zur Stelle ist und das Hinterland des Gegners mit der aus dem zweiten Weltkrieg bekannten erbarmungslosen Brutalität verwüstet, fehlt es dem USA-Oberkommando noch immer besonders an einsatzbereiter Infanterie, so daß der Washingtoner Vertreter der «Detroit News», etwas übertreibend, klagen konnte:

«Nirgends im nichtkommunistischen Osten ließ sich ein ausgebildetes Infanteriebataillon finden, das den Vereinigten Staaten hätte zur Verfügung gestellt werden können, um unter der Flagge der Vereinten Nationen zu kämpfen. Sogar die Vereinigten Staaten zögerten mit der Entsendung einer eigenen Armee von Japan nach Korea aus Mangel an bewaffneten Japanern, die ausgereicht hätten, um in ihrem eigenen Lande Polizeidienst zu tun. Im Gegensatz dazu zählen die kommunistischen Staaten des Fernen Ostens — Rußland, China und Nordkorea — ihre Infanteriesoldaten nach Millionen.

Eine andere erstaunliche Enthüllung des koreanischen Feldzuges ist die Kampfkraft der nordkoreanischen Satellitenarmee, in der bisher, soweit ersichtlich, weder Russen noch Chinesen mitkämpfen. Aus nicht einmal einem Drittel der koreanischen Gesamtbevölkerung hat Rußland eine Streitmacht herausgeholt, die unvergleichlich stärker ist als diejenige, welche die amerikanischen Militärs in ihrem Teil von Korea aufgestellt und ausgebildet haben. Wenn Rußland so etwas fertiggebracht hat, um das verhältnismäßig rückständige koreanische Volk auszubilden und zum Kampf zu begeistern, wieviel mehr, so fragt man sich, wird es dann in der gleichen Richtung mit seinen europäischen Satelliten fertigbringen, mit Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Albanien und — an letzter, aber nicht geringster Stelle — Ostdeutschland?»

Die Sowjetunion hält sich zwar bis jetzt dem Krieg um Korea vorsichtig fern — aber wird das immer so bleiben? Eine ganze Reihe von Möglichkeiten ist schon heute denkbar, die auch Rußland auf den Plan rufen könnten. Erwähnen wir nur drei davon.

Einmal die Möglichkeit, daß nach einer gänzlichen Verjagung der Amerikaner aus Korea eine neue, verstärkte Welle nationalistischer Hysterie über die Vereinigten Staaten hinfluten und die Regierung zu Schritten drängen werde, die Rußland zum Einschreiten geradezu herausfordern müßten. Schon jetzt ist ja die psychologische Vorbereitung des amerikanischen Volkes auf den «unausweichlichen» Großkampf mit Rußland bedrohlich weit gediehen und die militärische wie auch wirtschaftliche Gesamtmobilmachung tatsächlich im Gang, mit einem Aufwand von vorerst einmal zehn Milliarden Dollar, die die Bundesversammlung der Regierung im Handumdrehen bewilligt hat. Was würde erst geschehen, wenn der Aufschrei «Rache für Koreal» durch die Union gellen sollte? Bleibt dann Herr Truman bei seiner Erklärung, daß er den Einsatz von Atombomben «gegenwärtig» nicht ins Auge fassen wolle? Und wird die Sowjetunion ruhig sitzen bleiben, wenn es über Süd- und Nordkorea dann doch Atombomben regnen sollte — Bomben, deren

Zerstörungskraft nach amerikanischen Angaben ein Vielfaches größer wäre als diejenige der Hiroshima-Bombe?

Zum andern: Angenommen, die amerikanische Wehrmacht werde ein zunächst verlorenes Korea später zurückerobern können und es dann — ein zweites Japan — seinem Pazifikreich eingliedern — wäre damit die vielbereitete Lokalisierung des Koreakonfliktes wirklich gelungen? Mit nichts. Die Spannung in Korea selbst, in Japan, China usw. würde sich dann derart verschärfen und die amerikafeindlichen Gefühle der asiatischen Welt müßten in einem Grad aufgereizt werden, daß es möglicherweise zu einem *allgemeinen bewaffneten Aufstand der östlichen Völker gegen den westlichen Imperialismus* käme, wobei die Sowjetunion wiederum nicht untätig Zuschauer bleiben könnte. Schon jetzt stehen ja die Ost- und Südasiaten moralisch sozusagen einhellig auf Seiten Nordkoreas und empfinden das kriegerische Eingreifen Amerikas als Schmach und Bedrohung, die ihnen allen gelte. «Asien den Asiaten!» — diese Lösung wird sich ebenso sicher durchsetzen, wie sich die Doktrin «Amerika den Amerikanern!» unter Führung der Vereinigten Staaten und zu ihrem Vorteil schon längst durchgesetzt hat.

Und zum dritten: Die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen Amerika und China lauert seit Trumans Befehl an die 7. amerikanische Flotte zur «Verteidigung» Formosas unablässig im Hintergrund. Wenn es dazu käme, könnte die Sowjetunion ihren chinesischen Verbündeten kaum im Stiche lassen, obschon der Hilfeleistungsvertrag zwischen den beiden Ländern — soweit er bekannt geworden ist — nicht auf einen solchen Fall gemünzt ist. Und dann würden in den Krieg auch Indochina, Siam, Burma und Malaya hineingerissen werden, schon weil in den meisten dieser Länder die Chinesen eine recht bedeutende Rolle spielen. Besonders schwierig müßte in einem derartigen Falle die Stellung Großbritanniens werden, nicht nur weil dann Hongkong, dieses letzte Bollwerk des britischen Imperialismus in Ostasien, unweigerlich verloren wäre, sondern noch mehr, weil sich England schon vorher entscheiden müßte, ob es aus Solidarität mit Amerika wirklich gegen das kommunistische China zu Felde ziehen wolle, das es völkerrechtlich in aller Form anerkannt hat. Die Vereinigten Staaten würden ja wahrscheinlich versuchen, auch zur Abwehr eines chinesischen Angriffs auf Formosa — dem zu wehren eine ausländische Macht unter keinen Umständen das Recht hat — eine Interventionsvollmaß der UNO zu erlangen. Könnte England dabei mithelfen? Oder müßte es dagegen sein Veto im Sicherheitsrat einlegen, auf die Gefahr eines Bruches mit Amerika hin? Es ist klar, daß eine auch nur zeitweilige ernste Entfremdung zwischen den beiden angelsächsischen Reichen schwerwiegende Folgen insbesondere für Großbritannien hätte. Aber, wie der «New Statesman» (22. Juli) schreibt, «die Nationalisten (um Chiang Kai-Shek) gegen die Pekinger Regierung zu unterstützen, wäre noch katastrophaler. Es würde die Vorstellung, daß der gegenwärtige Krieg zur Verteidigung der Satzung der Vereinten Nationen geführt werde, zur reinen

Heuchelei machen (was sie sowieso ist! H. K.). Es würde wahrscheinlich den Commonwealth sprengen, da, wenn wir Amerika unterstützten, Indien und Pakistan sich weigern würden, unserem Beispiel zu folgen. Es würde in unserem Land eine parlamentarische Krise ersten Ranges heraufbeschwören, die wahrscheinlich mit der Bildung einer Koalitionsregierung und einem Riß in der Labourpartei enden würde, von der ein Teil in eine sozialistische Opposition gedrängt würde. Und das Schlußergebnis eines solchen Krieges wäre fast sicher die gewaltsame Vertreibung des weißen Mannes aus dem Fernen Osten.»

Übersehe man auch nicht die Rückwirkungen, die eine länger dauernde Beanspruchung der Vereinigten Staaten in Ostasien auf seine Stellung in Europa haben müßte. In beiden Weltteilen zugleich, in Ostasien wie in Westeuropa, kann sogar das kraftstrotzende Amerika nicht aktiv auftreten. Schon jetzt, so meint Max Werner im Neuyorker «Daily Compass» (9. Juli), habe die Krise im Pazifikraum die atlantische Strategie der Vereinigten Staaten von selber gegenstandslos gemacht:

«Der Atlantikpakt mit seinem höchst gebrechlichen und unsicheren Aufbau hing buchstäblich nur an einem Faden. Der Feldzug in Korea hat diesen Faden roh abgeschnitten... Die westeuropäischen Diplomaten und Politiker, die auf ein schnelles Eingreifen der Vereinigten Staaten in Korea drängten, merkten anfangs nicht, daß sie damit die Macht Amerikas in eine Richtung ableiteten, in der sie nur nutzlos versickern kann, da sie endgültig von Westeuropa abgelenkt wird.»

Jetzt merken sie's freilich — und sind ob der offensichtlichen Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, Westeuropa gegen einen Angriff der Sowjetunion zu verteidigen, in die reinste Panikstimmung geraten. England, Frankreich, Italien, Holland, Norwegen usw., selbstverständlich auch unsere biedere Schweiz, sind fieberhaft daran, ihre Kriegsrüstungen auf- und auszubauen. Im britischen Unterhaus erzählt der Verteidigungsminister Shinwell — der auch einmal bessere Zeiten hatte — über die russische Zuschlagsbereitschaft Dinge, die den bestürzten Abgeordneten (nach einem Stimmungsbild von der Szene) direkt den Atem verschließen, und der gute, alte Churchill darf sich wieder einmal rühmen: «Ich hab's euch ja schon lang gesagt!» In London, Paris und Straßburg stecken die Atlantikstrategen und Europaunionisten die Köpfe zusammen, die schleunige Zusammenraffung aller Kräfte unseres tödlich bedrohten Erdeutes zum Schutz gegen die östlichen Barbaren beratend. Und Henri Spaak, auch einstens ein «radikaler» Sozialist, ruft in der «Neuen Zürcher Zeitung» nach dem «starken Mann», der, «sei er Zivilist oder Militär und welcher Nationalität er wolle, einmal den Staub von all diesem Papier schüttelt, die Kommissionen durcheinanderrüttelt, die Völker weckt und die Regierungen zusammenschweißt». Was wunder, daß man in seiner Verzweiflung keinen anderen Ausweg mehr sieht als Westdeutschland eben doch wiederaufrüsten zu lassen, und daß sich in Amerika wie in England, ja sogar in Frankreich<sup>7</sup> nach allen Berichten

<sup>7</sup> Eine Pariser Exchangemeldung vom 22. Juli besagt: «Die Frage einer Wiederaufrüstung Deutschlands, die zu Anfang dieses Jahres als undisputabel galt, taucht jetzt in veränderter Form wieder auf und wird in gewissen parlamentarischen Kreisen

ein ausgesprochener Umschwung der öffentlichen Meinung zugunsten der Aufstellung einer westdeutschen Verteidigungsarmee — je größer, desto besser — vollzieht?

So rächt sich jetzt die aus größerer oder feinerer Besitzangst geborene Propagandalüge, die «bösen Männer im Kreml» dächten Tag und Nacht an nichts anderes, als wie sie am ungefährlichsten die «freie Welt» des Westens überfallen und versklaven könnten! Und so rächt sich die planmäßige Verbreitung der nicht minder unwahrhaften Vorstellung, daß jede friedliche Verständigung mit der Sowjetunion (bei der also nicht bloß der eine Teil einlenken müßte) mutlose, verhängnisvolle Beschwichtigungspolitik à la Chamberlain-Daladier sei, und daß beim ersten Zeichen einer Angriffsabsicht des Sowjetimperialismus die demokratischen Völker in lückenloser Solidarität zusammenstehen und dem Friedensbrecher eine Lektion erteilen müßten, die er nie wieder vergessen werde! Man könnte wahrlich Genugtuung empfinden ob dieser beginnenden Enthüllung der inneren Brüchigkeit der ganzen Kommunisten- und Sowjethetze, deren Gefangene nun die Politiker und Militärs des Westens selber, mitsamt ihren Völkern, geworden sind, müßte man nicht besorgen, daß statt einer Abkehr vom bisherigen Weg nur ein noch kopfloseres Sichverrennen in die Sackgasse die Wirkung der Koreapanik sein werde, die noch ärger zu werden droht als seinerzeit die Tschechenpanik!

### Friedensbemühungen

Es ist im Blick auf diese ganze Lage, trotz aller westmächtlichen Abneigung gegen ein «Zurückweichen vor der kommunistischen Drohung», eigentlich doch erstaunlich, wie schwächlich und halbherzig die wenigen bisher gemachten Versuche sind, den Koreakrieg durch Vermittlung zu beenden. Sowohl die Anregung des indischen Ministerpräsidenten Nehru, das neue China in die UNO aufzunehmen und dann unter Mitwirkung der Sowjetunion über die Koreafrage zu verhandeln, als ein angeblich von China, Indien, Pakistan und Burma in der gleichen Richtung gemeinsam ausgestreckter Führer sind von Amerika und seinen Bundesgenossen schroff abgewiesen worden. «Zuerst bedingungslose Kapitulation Nordkoreas und dann erst Verhandlungen» — das ist die Formel, auf die man sich in Washington, unterstützt namentlich durch London, festgelegt hat. Und da die Nordkoreaner, trotz der Aussicht, nach voller Entfaltung der amerikanischen Gegenoffensive geschlagen zu werden, ebenfalls

---

sogar bejaht. Ein führender radikaler Abgeordneter erklärte am Samstag, die Wiederaufrüstung Deutschlands sei nicht nur möglich, sondern sogar notwendig.» Auch Lord Vansittard, bisher einer der «unerbittlichsten» Deutschlandgegner, hat sich unlängst in diesem Sinne ausgesprochen. — Daß Japan ein «unabdingbares Recht auf Selbstverteidigung» habe, war schon vor dem Koreakonflikt die Meinung General MacArthurs, der noch sein möglichstes getan hat, um die Pflicht zur «dauernden» Entwaffnung Japans in dessen neue Verfassung hineinbringen zu lassen.

keine Lust haben, den Krieg abzubrechen, bevor die militärische Entscheidung unzweideutig gefallen sei, so scheint der Kampf um Korea eben bis zum bitteren Ende weitergeführt werden zu müssen, mit all den schweren Gefahren, die sich daraus entwickeln können. Oder darf man die plötzliche Rückkehr des Sowjetvertreters in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die vergangene Woche so mächtiges Aufsehen erregt hat, als Zeichen dafür deuten, daß von Rußland her ein auch für die Westmächte annehmbarer Verständigungsvorschlag unterwegs ist? Die politische Welt hat sich in allen möglichen Mutmaßungen über den Sinn dieses unerwarteten Schrittes ergangen, und wir wollen unserseits nicht weitere Spekulationen darüber anstellen, um so mehr, als schon am ersten August — unsere Rundschau muß leider am gleichen Tag der Druckerei übergeben werden — ein Teil des Rätsels gelöst sein dürfte.

Soviel aber steht für uns durchaus fest, daß Amerika, beziehungsweise die Vereinten Nationen, auf die Dauer nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren haben, wenn sie auf einer Demütigung Nordkoreas bestehen, ohne zugleich die rechte Lösung derjenigen Fragen herbeizuführen, deren bisherige Nichtlösung den Nordkoreanern die Waffen in die Hand gedrückt hat. Ja, es ist zu befürchten, daß der Eifer, die koreanische Frage wirklich zu lösen — nämlich durch die gründliche Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialverfassung des Landes —, um so schwächer sein wird, je vollkommener ein militärischer Sieg der Vereinigten Staaten ausfällt. Und doch kommt auf eine solche radikale Umgestaltung nicht nur Koreas, sondern des ganzen noch feudal-kapitalistisch organisierten (oder desorganisierten) Asien alles an, wenn der «große Kontinent» mit seinen vielen hundert Millionen verkommender Menschenbrüder und -schwestern zur Ruhe kommen und ein neues, dauerndes Gleichgewicht finden soll!

Mögen die westlichen Völker Genugtuung in einem militärischen Sieg Amerikas über den «kommunistischen Erzfeind» finden — die Völker Asiens fühlen ganz anders. Sie werden den Feind dann erst recht im westlich-amerikanischen Imperialismus sehen, der für sie, trotz aller Abneigung gegen bestimmte Formen des Kommunismus, die entscheidende soziale und politische Wirklichkeit ist. Vor einem Kommunismus, wie er jetzt etwa in China oder Nordkorea in der Durchführung begriffen ist, haben sie keine Angst — im Gegenteil; und was der Sowjetkommunismus in den ehemals zaristisch-russischen Kolonialgebieten West- und Nordasiens im Lauf eines einzigen Menschenalters fertiggebracht hat, das erscheint den Nachbarn dieser Länder fast wie ein Märchen aus «Tausend und einer Nacht». Nur wenn auch die Westmächte und vorab die Vereinigten Staaten — entsetzlicher Gedanke! — grundsätzlich eine ähnliche Haltung gegenüber den asiatischen, überhaupt den farbigen Völkern finden wie die Sowjetunion, nur wenn sie also gegenüber den «zurückgebliebenen» Rassen und Ländern eine Politik betreiben, die nicht mehr vom Willen zur Verhinderung der nationalen und sozialen

Revolution beherrscht wird, sondern vom Willen zu ihrer Herbeiführung, und zwar im Geiste der im Abendland entwickelten persönlichen Freiheit und politischen Demokratie — nur dann dürfen sie hoffen, in ein freundschaftliches, friedliches Austauschverhältnis zu der Welt des Ostens zu kommen.

Wer will aber im Ernst vom heutigen Amerika, wir meinen von dem Amerika eines Truman und Acheson, eines Morgan und Dupont de Nemours, eines Luce und Hearst mitsamt ihrem ganzen Troß, eine solche Wendung um 180 Grad erwarten? Im «Manchester Guardian» war letzthin (am 5. Juli) ein Brief von H. S. Freemantle zu lesen, dem voraussichtlichen Kandidaten der Liberalen Partei des Bezirkes Beverley für die nächsten Unterhauswahlen, in dem es heißt:

«Unsere Führer sagen, die Demokratie könne jene besseren Lebensbedingungen sichern (bessere als der Kommunismus), aber ohne die wirtschaftliche und geistige Sklaverei, die der Kommunismus verlangt. Alle Liberalen werden darin einig sein, daß die Demokratie dies tun kann — aber tut sie es, oder versucht sie, es zu tun? Ein Studium der Nachkriegswelt führt zu einem negativen Ergebnis. Großbritanniens ältester Verbündeter ist Portugal — eine Diktatur, in der 70 Prozent der Bevölkerung als Analphabeten in hoffnungsloser Armut leben. In Griechenland bestanden wir (und später auch die Amerikaner) darauf, daß die Macht einer korrupten und unfähigen Bürokratie zurückgegeben wurde, die von einer unerwünschten Monarchie geleitet und von Hitlers brutalen Mitarbeitern vertreten wird. In Deutschland, Japan, Polen, China, Malaya, Italien, Persien und überall, wo das Problem auftauchte, haben wir konsequent die eigennützigen Kapitalinteressen der wenigen Bevorzugten unterstützt. Wir haben die Not der vielen geduldet. Gegenwärtig läßt man Versuchsballone steigen, um festzustellen, ob die öffentliche Meinung gewillt ist, Franco als Verbündeten anzunehmen. Ohne Zweifel glauben sowohl wir wie die Amerikaner an die Demokratie. Fest steht aber, daß unsere Regierungen in jedem Lande, mit dem wir in enge Beziehung traten, die bösartigste Reaktion unterstützen.»

Es ist schwer zu glauben, daß das hochkapitalistisch-imperialistische Amerika, das die Intervention in Korea durchgesetzt hat und von der neuen Kriegskonjunktur auch neue, riesige Profite erwartet, nach einem vorläufigen Erfolg seines Unternehmens von seiner bisherigen Linie abgehen und nunmehr die revolutionären Kräfte in aller Welt unterstützen werde. Und doch hängt der Aufbau einer haltbaren Friedensordnung, wie schon die Satzung des Völkerbundes verkündete und diejenige der Vereinten Nationen aufs neue klar ausspricht, nicht nur von einem äußeren Ordnungsschaffen durch militärisches Auftrumpfen ab, sondern unvergleichlich mehr von der Schaffung gerechter Wirtschafts- und Gesellschaftszustände, die es gar nicht erst soweit kommen lassen, daß ein Volk oder ein Volksteil zu den Waffen greift, um die notwendige soziale Umwälzung gewaltsam herbeizuführen. Wenn die Organisation der Vereinten Nationen diese Aufgabe als vordringlich anerkennt, dann wird sie nicht länger ein Werkzeug gegenrevolutionärer und besonders sowjetfeindlicher Machtpolitik oder selbstgerechter Friedenswahrung auf der Grundlage der bestehenden ungerechten Gesellschaftsordnung sein, dann wird sie vielmehr — um nur von der brennenden Ostasienfrage zu

reden — dem neuen China die Tür weit aufmachen und mit der Sowjetunion wie mit allen anderen nicht-mehr-kapitalistischen Ländern rückhaltlos zusammenarbeiten, damit in Korea, wie überall, wo noch Millionen und aber Millionen in Schmutz und Unwissenheit ihr Hungerdasein fristen, so etwas wie Menschlichkeit und Brüderlichkeit Gestalt annehme und so auch der Frieden in und zwischen den Völkern auf diejenige Grundlage gestellt werde, die allein Dauer verheiße.

31. Juli.

Hugo Kramer.

*Nachschrift.* Unsere Leser und Leserinnen werden es mir nachsehen, wenn ich die übrigen Weltereignisse diesmal mit Schweigen übergehe. Sie treten ja hinter dem, was sich in und um Korea herum begibt, an Bedeutung vollständig zurück. Auch die Vorgänge in Belgien, wo die klerikale Partei zwar die Zurückholung König Leopolds aus dem Asyl durchgedrückt hat, aber nur mit der Wirkung, daß ein sich rasch und bedrohlich ausbreitender Volksaufstand Leopold zwang, auf die Ausübung seiner Herrscherrechte unrühmlich doch verzichten und in seine förmliche Abdankung auf den Zeitpunkt der Vorläufigkeit seines Sohnes Baudouin einzuwilligen. All diese und andere Vorkommnisse der Berichtszeit mögen für einmal mit Schweigen übergangen werden.

Über die neue russische Aktion im Sicherheitsrat ist in diesem Augenblick gleichfalls noch nicht viel zu sagen, außer daß die Zänkerei und Trölerei Malik's den denkbar schlechtesten Eindruck macht und den Amerikanern willkommene Gelegenheit gibt, den schweren Verlust an Ansehen, den ihnen das koreanische Abenteuer einzubringen droht, durch moralische Entrüstung über die sowjetische Taktik einigermaßen auszugleichen. Die Sowjetunion könnte ja vor der Weltöffentlichkeit nur gewinnen, wenn sie sich nicht darauf versteife, die Vereinigten Staaten mit ihrem Vorgehen in Korea als Angreifer im militärischen Sinn und als bewußte Vorbereiter eines dritten Weltkrieges brandmarken zu wollen. Das widerspricht einfach den Tatsachen, die freilich in anderem Sinne nur zu beredt wider Amerika zeugen.

6. August.

H. K.

### BUCHBESPRECHUNGEN

Hans Ornstein: Der antijüdische Komplex, Verlag «Die Gestaltung», Zürich, 1949, 99 Seiten.

Zu den Dingen, die nie durch Vergessen geheilt werden können, gehört der Antisemitismus, der in unserer Zeit trotz der Vernichtung seiner lautesten Werkzeuge selber nicht vernichtet ist. Ornstein, der im Kampf gegen diesen Ungeist besonders tätige Sekretär der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, untersucht die Grundlagen des antisemitischen Komplexes als psychologisches Problem. Die reichhaltige Analyse vermeidet glücklich Kurzschlüsse und Patenterklärungen und stellt das Begriffsarsenal der modernen Psychologie in den Dienst der Enträtselung des höllischen Komplexes. Gute Definitionen der verschiedenen, zum Antisemitismus führenden Affekte werden gegeben und dessen rationale wie irrationale Komponenten untersucht. Hierin scheint mir die Stärke dieser Arbeit zu liegen. Dankbar dürfen wir auch für die Hoffnung sein, die der Verfasser allem Geschehen zum Trotz hegt und besteuert, daß der Kampf gegen das antisemitische Phantom nicht ergebnislos bleiben muß.